

## Grußwort von Christian Carius



Liebe Parteifreunde,  
der Blickpunkt 1/2013 präsentiert wie gewohnt einen Ausschnitt aktueller Themen, darunter einen Beitrag zu den Irrungen

und Wirrungen von SPD-Minister Machnig, zur Anregung einen Sanierungsbonus für den ländlichen Raum zu schaffen und zur Arbeit unseres Bundestagsabgeordneten Johannes Selle. Ich freue mich, dass Johannes Selle erneut als Direktkandidat kandidieren und unsere Region in Berlin vertreten wird. Wir wollen ihn dabei vor der Bundestagswahl mit ganzer Kraft unterstützen.

Denn uns allen ist klar: Rot-Grün darf unser Land nicht regieren. Sie haben es sieben Jahre versucht, dabei die Staatsverschulung aus dem Ruder laufen lassen und das Land in Rekordarbeitslosigkeit gestürzt. Der (unwirksame) Dosenpfand und die (untaugliche) Praxisgebühr bleiben in schlechter Erinnerung. Mit Steinbrück hat die SPD einen Möchtegern-Kanzler, der noch nie eine Wahl gewinnen konnte, aber sich schon einmal über das zu niedrige Gehalt beschwert.

Angela Merkel zeigt: Im Bundeskanzler-

amt geht es ums Dienen, nicht ums Verdienen. Ihre hohe Glaubwürdigkeit und ihr Kurs der Stabilität sind eine gute Basis, um im September erneut die Regierung zu bilden. Nur die Union mit Kanzlerin Merkel steht für eine Politik, die mit stabilen Finanzen die Menschen nicht überfordert: Energiewende mit Augenmaß, mehr Geld für Familien und Bildung und ein sozialer Ausgleich, der niemandem neue Lasten aufbürdet. Das ist der richtige Weg. Und ich bin sicher: die Mehrheit der Wähler hier im Landkreis, aber auch Thüringen und Deutschland werden diesen Weg für Stabilität und Wachstum weiter mitgehen.

Herzliche Grüße

Ihr Christian Carius  
Thüringer Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Kreisvorsitzender CDU Sömmerda

## Wir wissen, wie Wirtschaft geht, Dr. Danko Knothe

Thüringen ist ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort. 2012 war das Jahr mit den höchsten Investitionen bei Neuansiedlungen. Thüringen ist als „schnelle Mitte Deutschlands“ nicht nur für Logistikunternehmen oder Versandhändler interessant. In Erfurt steht nicht nur Europas größtes Schuhregal, sondern bald auch das größte Buchlager der Welt. Und die deutsche „Fabrik des Jahres 2012“ steht im Landkreis Sömmerda – MDC Kölleda wurde für seine innovativen Produkte und die vorbildliche Unternehmenskultur ausgezeichnet.

Dass die Thüringer Wirtschaft und der Arbeitsmarkt aufholen, verdanken wir guten Rahmenbedingungen, einer tollen Infrastruktur, aber vor allem den motivierten und qualifizierten Arbeitnehmern. Die Wirtschaft findet nicht im Trendatlas, in teuren Werbekampagnen oder markigen Presseerklärungen statt, sondern jeden Tag in unseren Unternehmen. Wirtschaft-

liche Dynamik braucht Unternehmergeist, Mut und motivierte Mitarbeiter. Sie braucht Partnerschaft und Vertrauen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Das war so, bevor Matthias Machnig Thüringer Wirtschaftsminister wurde. Und das wird auch so sein, wenn er dieses Amt nicht mehr ausübt.

Herr Machnig erweckt oft den Eindruck, dass Thüringen Probleme hat, die nur er lösen kann. Dabei muss klar gesagt werden: Thüringen brummt, weil sich die Wirtschaft wenig um die Ideen des Wirtschaftsministers schert. Denn die Unternehmen wissen: Egal ob es um die Energiewende oder die Lohnpolitik geht – linke Rezepte verhindern Wachstum, Beschäftigung und sozialen Ausgleich.

Dazu einige Beispiele: Herr Machnig bezeichnet die „Produktivitätslücke“ zwischen Thüringen und einigen alten Bun-

desländern als existenzbedrohend. Ein Wirtschaftsminister sollte es besser wissen und nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Thüringen hat keine Zentralen von DAX-Konzernen, dafür die deutschlandweit höchste Dichte bei Industriebetrieben. Das sind vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Die im Vergleich mit den Weltkonzernen niedrigere Produktivität führt nur dann zu Problemen, wenn das Lohnniveau zu hoch wäre. Dazu ein Vergleich: Auch in Thüringer Unternehmen verdient ein Ingenieur mehr als ein Lagerarbeiter, weil er produktiver ist. Aber wir wollen, dass beide Arbeit haben. Und das wird nur dann der Fall sein, wenn der Lagerarbeiter nicht mehr verdient als er für das Unternehmen leistet. Sonst droht beiden die Entlassung, denn Unternehmen ohne Gewinn können nicht lange überleben.

Ein zweites Beispiel: Herr Machnig beklagt

das Thüringer Lohnniveau, die niedrige Tarifbindung oder eine angeblich zu hohe Leiharbeiterquote. Er wirft der CDU vor, sie habe mit einer Niedriglohnstrategie dem Standort geschadet. Auch Herr Machnig weiß, dass diese Aussagen Quatsch sind. Denn die Ansiedlungen, die von CDU-Regierungen ins Land geholt wurden, haben die Wirtschaftskraft des Freistaats nachweislich gesteigert. Sie haben Menschen in Lohn und Brot gesetzt, die vorher arbeitslos waren. Bei MDC Kölleda, Erdrich Umformtechnik oder anderen Betrieben, die in unserer Region entstanden sind, werden faire Löhne gezahlt, zum Teil weit über dem, was als Mindestlohn von der SPD gefordert wird. Neuansiedlungen haben die Löhne in Thüringen steigen lassen. Und das wird so weiter gehen, weil die Unternehmen wissen, dass sie nur so ihre Mitarbeiter halten.

Ein drittes Beispiel: Herr Machnig behauptet, nur mit der richtigen Lohnpolitik würde verhindert, dass Thüringer Fachkräfte in ihrer Heimat bleiben. Auch hier vermengt er Sachen, die nicht zusammengehören. Welches Lohnniveau angemessen ist, das entscheiden in Deutschland nicht Beamte, sondern die Tarifpartner. Das Niveau hängt stark von der Branche ab. Klar ist, dass Menschen von Ihrer Arbeit leben können müssen. Deshalb macht

sich unsere Ministerpräsidentin stark für eine faire, von einer Kommission der Tarifpartner bestimmte Lohnuntergrenze, die Billiglöhne verhindert. Die rot-grüne Bundesratsmehrheit hat den Thüringer Vorschlag leider blockiert und hält am politischen Mindestlohn fest. Klar ist: Politische Löhne vernichten Arbeitsplätze, vor allem bei den Geringqualifizierten. Denn gute Löhne sind das Ergebnis erfolgreicher Wirtschaft. Und alle wissen, dass hochqualifizierte Fachkräfte nicht für den Mindestlohn bleiben oder wegen einer Initiative wie „Thüringen braucht Dich“.

Was die Thüringer Wirtschaftspolitik braucht ist Verlässlichkeit und kein Besserwisser, der den Standort gefährdet. Wenn Herr Machnig nach eigener Aussage bei der Energiewende „mehr Gas geben“ will, dann werden Thüringer Unternehmer und Verbraucher aus der Kurve getragen. Ein ungebremster Ausbau der Erneuerbaren Energien führt zu ständig steigenden Kosten – und das ist ein Risiko für jeden Haushalt, für Unternehmen und Arbeitsplätze. Anstatt Tempo zu machen, sollte Herr Machnig seine Hausaufgaben erledigen und die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessern. Leider betreibt er in jüngster Zeit vor allem Beschäftigungspolitik in eigener Sache. Es ist zu bezweifeln, dass Thüringen voran kommt,

wenn zehn Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums für ein „Zukunftssekretariat“ arbeiten. Das ist möglicherweise genauso eine ABM für Jungsozialisten wie das Projekt zur Beobachtung des Rechtsextremismus, für das Fördergelder von fast einer halben Million Euro ausgegeben werden. All dies hat mit guter Wirtschaftspolitik wenig zu tun.

Nordrhein-Westfalen, wo Matthias Machnig herkommt, haben wir in der Arbeitslosenstatistik bereits hinter uns gelassen. Damit Thüringen gut aufgestellt bleibt, brauchen wir einen Wirtschaftsminister, der unsere Erfolge nicht madig macht, sondern mit klugen Investitionen Anreize für Innovationen und neue Arbeitsplätze schafft. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die Unternehmen nicht zu Sündenböcken macht, sondern sie unterstützt bei der Gewinnung von Fachkräften. Wir brauchen vor allem einen Wirtschaftsminister, der auch im Ausland nicht sich selbst, sondern die Stärken des Standorts Thüringen verkauft. Wir als Thüringer Union wissen: gute Wirtschaftspolitik gelingt nur mit, nicht gegen die Wirtschaft. Und wir tun viel dafür, dass das auch so bleibt.

Freundlichst Ihr Dr. Danko Knothe

## **Am 22. September 2013 wählen wir den 18. Deutschen Bundestag.**



Liebe Freunde,

Am 22. September 2013 wählen wir den 18. Deutschen Bundestag.

Die Ausgangslage ist gut. In der Regierungszeit von Angela Merkel ist Deutschland wieder zu einer der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt geworden, ein Motor für Wirtschaftswachstum in Europa. Seit der Krise stieg die Wirtschaftskraft um 8 Prozent. Noch nie waren so viele Menschen in Arbeit wie heute. Seit

2005 hat sich die Arbeitslosigkeit fast halbiert-42 Millionen Menschen, so viele wie nie zuvor, waren im Dezember 2012 erwerbstätig. Dies entspricht nach Angaben der Europäischen Statistikbehörde Eurostat einer Arbeitslosenquote von 5,5 % Die Jugendarbeitslosigkeit ist die niedrigste aller EU-Länder auch bei der Beschäftigung älterer Erwerbstätiger steht Deutschland europaweit an der Spitze.

Bereits 2012 konnte der Bund, 4 Jahre früher als vom Grundgesetz vorgesehen, die Schuldenbremse einhalten.

Auch im Bereich Bildung und Forschung sind wir gut aufgestellt. Die Ausgaben für Bildung und Forschung sind seit 2005 um 5,2 Milliarden Euro auf 13,7 Milliarden Euro erhöht worden. Davon profitieren wir alle, insbesondere die Wirtschaft kann dadurch auch moderne Arbeitsplätze schaffen. Wir haben weltweit innovative Unternehmen, die bei Patenten Spitzenplätze einnehmen.

Wir stehen für ein Europa mit starken Euro. Europa ist ein großer Wirtschaftsraum und bietet uns die größten Möglichkeiten für Export und Austausch.

Mit der Union ist Deutschland stärker aus der Krise herausgekommen als es vorher war.

Wir unterstützen solidarisch Länder, die bereit sind, eigene Anstrengungen unternommen. Es ist der Verdienst unserer Kanzlerin, die Euro-Staaten von einer soliden Haushaltsführung überzeugt zu haben. Und es war nicht einfach, die Länder vom Fiskalpakt zu überzeugen, zu dem sie

sich verpflichtet haben. Das bedeutet : Verschuldung abzubauen und eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild einzuführen.

Wir stehen für eine familienfreundliche Politik. Die unionsgeführte Bundesregierung war es, die die Chancen wesentlich verbessert hat, Familie und Beruf zu vereinbaren. Dazu gehören u.a. die Einführung eines höheren Kindergeldes sowie höhere Kinderfreibeträge bei der Steuer, der Kindergeldzuschlag für Familien mit einem niedrigen Einkommen, das Elterngeld, der Rechtsanspruch und der Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren und auch das Betreuungsgeld.

Die Union hat die gesetzliche Rentenversicherung wieder auf eine gesunde Basis gestellt, mit Rücklagen von knapp 29 Milliarden Euro im Jahr 2012 im Vergleich zu noch 1,7 Milliarden im Jahr 2005. Die Rentenbeiträge für Arbeitgeber und -nehmer wurden zu Beginn Jahres von 19,6 auf 18,9 Prozent gesenkt und die Rentner können gerade in unserer Region von Erhöhungen profitieren.

Bei der Energiewende setzen wir auf sichere und bezahlbare Versorgung. Der Anstieg der Stromkosten muss gedämpft werden. Am Ende muss wieder Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen.

In meinem Wahlkreis habe ich in den vergangenen 4 Jahren zahlreiche Gespräche mit Bürgern, Vereinen, Verbänden, Vertretern der Wirtschaft und den verschiedensten Institutionen geführt, zahlreiche Besuche in den Städten und Gemeinden unternommen, aber auch Vorträge zu aktuellen politischen Themen gehalten und mich an Diskussionsrunden beteiligt.

Als Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien habe ich mich erfolgreich für Aufstockung des Etats des Denkmalschutz-

sondergrammes III der Bundesregierung eingesetzt, um 30 Millionen Euro übrigens. Dies unterstütze ich bei den Denkmälern im Landkreis Sömmerda, z. B. an der Restaurierung des Kompositaltars und der Sanierung des Chores der Kirche St. Peter und Paul in Weißensee, Bonifatiuskirche Altenbeichlingen. Beim Schloss Beichlingen stehen wir am Anfang einer Unterstützung.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit war der Einsatz für Kindermedien. Der MDR wird zwei „besondere Kinderfilme“ produzieren und der Kinderfilme erfährt eine stärkere Unterstützung in der Bundesrepublik.

Mit Nordafrika beschäftige ich mich schwerpunktmäßig im Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (AWZ). Gemeinsam mit meinem Kollegen, dem Vorsitzenden des Arbeitskreises Afrika, Hartwig Fischer, organisiere ich die Veranstaltung „Africa meets business“, in der regionale Unternehmen auf Entscheidungsträger aus dem afrikanischen Kontinent treffen, um die anstehenden Probleme in einem Netzwerk zu lösen, und um gleichzeitig wichtige wirtschaftliche Verbindungen zu knüpfen. Hier habe ich auch Unternehmen aus dem Landkreis Sömmerda ins Gespräch gebracht.

Die Entwicklungsländer leiden in Krisenzeiten viel stärker, von uns unbemerkt. Malis Konflikte (wir entsendeten Soldaten zur Ausbildung) haben ihre Ursache in den vernachlässigten Gebieten im Norden. Wir helfen zu allererst deshalb, weil wir zu den wenigen Ländern gehören, die überhaupt einen nennenswerten Beitrag leisten können. Das sind wir der Menschlichkeit schuldig. Wir helfen, weil dadurch Stabilität geschaffen wird und friedliche Entwicklungen besser als Kriege und Kriegsgefahr sind. Wir helfen, damit die Menschen in ihren Ländern Perspektiven

finden. Sie suchen ihre Zukunft sonst in Europa, was bereits zu Spannungen in Europa geführt hat. Wir helfen ihnen, damit die eine Erde, auf der wir alle leben, nicht ruiniert wird, sondern Natur und Klima erhalten werden. Und wenn wir helfen, dann können aufstrebende Länder entstehen, die Kunden unserer guten Produkte werden wollen und wir selbst können auf diese Weise stark bleiben.

Ein Schwerpunktthema war für mich die Abrundung der Finanzmarktregelung durch die Finanztransaktionssteuer. Seit 2010 bin ich dafür aktiv gewesen und habe entsprechende Zuweisungen für das Bundesfinanzministerium organisiert. Deutschland verdient weniger mit Finanzanlagen, sondern am meisten durch Produktion von Gütern und Innovationen. Die Finanzmärkte müssen der realen Wirtschaft dienen und nicht nur auf die Rendite von Derivaten und anderen Finanzprodukten schauen. Nach anfänglichem Zögern wird sie 2014 zusammen mit zehn anderen europäischen Ländern eingeführt werden.

Liebe Freunde, die Regierungsbilanz der letzten 4 Jahre kann sich sehen lassen, trotz der manchmal angekratzten äußeren Erscheinung. Die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise sind noch nicht bewältigt. Lassen Sie uns deutlich machen, dass mit einer Kursänderung die hoffnungsvolle Entwicklung beeinträchtigt, vielleicht sogar beendet wird. Lassen Sie uns gemeinsam für und mit den Menschen für eine erfolgreiche Zukunft Deutschlands kämpfen. Dafür bitte ich Sie in den nächsten Wochen und Monaten um Ihre Unterstützung. Auch nach dem 22. September dieses Jahres muss die Bundeskanzlerin Angela Merkel heißen.

Herzlichst Ihr Johannes Selle

## **Heimat gestalten – Wir brauchen den Sanierungsbonus, Christian Carius**

Der demografische Wandel hinterlässt Spuren in unseren Städten und Gemeinden. Gerade im ländlichen Raum leben weniger Menschen als früher und überdurchschnittlich viele Ältere. Die Einwohnerzahl vieler Dörfer und Kleinstädte sinkt bereits. In den meisten Orten wird sie weiter fallen. Statistische Hochrechnungen sagen für rund 70 % unserer Kommunen einen negativen demografischen Doppelleffekt voraus: die Einwohnerzahl nimmt ab, weil mehr Menschen ab- als zuwandern und die Zahl der Geburten hinter der Zahl der Verstorbenen zurückbleibt.

Beide Entwicklungen haben sichtbare

Auswirkungen auf die gewachsene Siedlungsstruktur. Trotz erfolgreicher Dorferneuerungs- und Stadtumbaumaßnahmen drohen viele Orte, ihren Bewohnern über den Kopf zu wachsen. Die Herausforderungen, vor denen sie stehen, sind in vielen Regionen ähnlich: Bevölkerungsschwund, zunehmender Leerstand und verfallende oder brach liegende Grundstücke. Zahlreiche Häuser entsprechen nicht den Bedürfnissen ihrer zunehmend älter werdenden Bewohner. Hausbesitzer klagen oft über fehlende Anreize für einen altersgerechten Umbau oder eine umfassende energetische Sanierung. Trotz niedriger

Preise finden sich in vielen Regionen nur schwer Kaufinteressenten für Immobilien. „Schrottimmobilien“ sind ein Ärgernis für Nachbarn und senken das Preisniveau im Ort. Viele Bürgermeister fordern seit langem, dass diesem Thema mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird – zu Recht.

Wir dürfen den absehbaren Entwicklungen nicht tatenlos zuschauen, sondern wollen den demografischen Wandel gestalten. Deshalb brauchen wir passgenaue Anreize für die Entwicklung und Aufwertung von Immobilien im ländlichen Raum. Wir benötigen Instrumente, die helfen, einerseits



„Schrottimmobilien“ zu entwickeln und andererseits eine höhere Energieeffizienz und Barrierefreiheit im Bestand zu erreichen.

Ich habe deshalb auf der Bauministerkonferenz die Einführung eines Sanierungsbonus vorgeschlagen, der vom Bund als direkter, aber zeitlich gestaffelter Zuschuss gewährt wird. Das Prinzip ähnelt der bis 2006 gezahlten Eigenheimzulage. Mit dem Sanierungsbonus können Eigentümer unterstützt und die Eigentumsbildung im ländlichen Raum gezielt angeregt werden. Gleichzeitig werden Anreize gesetzt für den energetischen und demografieorientierten Umbau des Immobilienbestands.

Die Förderung richtet sich an potenzielle Käufer und Alteigentümer von Immobilien im ländlichen Raum. Eigentümer sollen für die Kosten geplanter Sanierungsmaßnahmen eine über 10 Jahre laufende Unterstützung erhalten können, wenn sie vorhandenen Baubestand entwickeln oder für einen Neubau niederlegen, die Immobilie selbst bewohnen und die Immobilie energetisch hochwertig und barrierearm umgestalten.

Der Sanierungsbonus soll einen Grundbetrag umfassen, der von der Höhe der

geplanten Investitionen abhängig ist (z.B. 800 € pro Jahr). Wenn eine sogenannte „Schrottimmoblie“ erworben wird, die z.B. schon 10 Jahre oder länger leer steht, könnte der Grundbetrag deutlich höher liegen (z.B. 1.500 €). Ergänzend sollte eine Kinderkomponente gewährt werden. Diese könnte beispielsweise 1000 € jährlich betragen. Eine Familie mit zwei Kindern würde damit über 10 Jahre einen Betrag von 28.000 € erhalten können bzw. 35.000 €, wenn eine „Schrottimmoblie“ in Stand gesetzt wird. Der Sanierungsbonus sollte unabhängig vom Alter, aber einkommensabhängig gewährt werden.

In der skizzierten Form wäre der Sanierungsbonus ein wichtiges Instrument bei der Gestaltung der zentralen Herausforderungen ländlicher Gemeinden im demografischen Wandel. Die Kreditwürdigkeit vieler Eigentümer (gerade auch Älterer) könnte substantiell gesteigert und der Sanierungstau im Bereich Barrierefreiheit behoben werden.

Mit dem Sanierungsbonus wäre ein Instrument geschaffen, das nicht nur in unserem Landkreis und im Freistaat Thüringen eine nachhaltig positive Wirkung entfalten könnte. Der Sanierungsbonus ermöglicht Menschen überall in Deutschland ihre

Heimat aktiv mit zu gestalten. Ich werde mich deshalb mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass diese Unterstützung für den ländlichen Raum Teil der Demografiestrategie der Bundesregierung wird. Denn eines ist klar: der ländliche Raum muss zukunftsfähig bleiben. Und wer baut, schafft Zukunft!



Ihr Christian Carius  
Thüringer Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Kreisvorsitzender CDU Sömmerda

## **Gemeinsamer Standpunkt des CDU-Ortsverbandes Sömmerda und der CDU/FDP-Fraktion im Stadtrat Sömmerda zur Verwaltungs- und Funktionalreform**

Zum Gutachten der Expertenkommission zur Verwaltungs- und Funktionalreform in Thüringen möchten wir nachfolgend unsere Meinung äußern.

Die derzeitige Struktur der Gemeinden und Landkreise sichert in allen Gebieten Thüringens Bürgernähe und Verlässlichkeit zu. Diese Errungenschaft sollte auch oberstes Gebot bleiben. Jedoch zeigt auch die derzeitige finanzielle Situation der Gemeinden, dass diese Strukturen dringend einer Reform bedürfen, um in allen Bereichen handlungsfähig zu bleiben. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es neben der Verwaltungs- und Funktionalreform auch die Möglichkeit der in letzter Zeit viel diskutierten Gebietsreform.

Es muss also abgewogen werden, wie unter den Voraussetzungen der Bürgernähe und der Verlässlichkeit für den Bürger Thüringen mit all seinen Städten und Gemeinden auch für die Zukunft „fit“ gemacht werden kann. Und hier stimmen wir mit dem Standpunkt der CDU Thüringen voll überein, wenn zur Erreichung dieses großen wichtigen Zieles Schritt für Schritt

eine Reform eingeleitet und zeitnah umgesetzt wird. Eine Gebietsreform kann dabei nur nachrangig betrachtet und eventuell umgesetzt werden. Sie kann erst greifen, wenn die Verwaltungsstrukturen mit neuer Aufgabenzuordnung auf allen Verwaltungsebenen durchgeführt wurden.

In unseren Diskussionen haben wir dabei folgende Punkte herausgearbeitet:

- Bürgernähe und Verlässlichkeit, kurze Verwaltungswege sind auch zukünftig oberstes Gebot
- gewachsene Strukturen und Heimatnähe nicht außer acht lassen
- Kommunen mit mehr als 12.000 Einwohnern sind völlig an der Realität vorbei gedacht, neu gebildete Ortsteile der Städte würden kaum noch finanziell „bedacht“ werden
- Unterstützung und Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit im Verwaltungsbereich (z.B. Veterinärämter, Katastrophenschutz)
- das Vorhalten teurer Technik und Logistik kann durch kommunale Gemeinschaftsarbeit effektiver gestaltet werden,

wenn dies förderfähig wäre, könnte dies auch für Verwaltungsbereiche attraktiv werden, z.B. Auslagerung/ Abgabe von spezieller Verwaltungsarbeit der Gemeinden an Landkreise

- der notwendige Personalabbau innerhalb der Landesverwaltung darf nicht zu Lasten der unteren Verwaltungsstrukturen/ Kreisbehörden gehen (z.B. Personalabgabe an Landkreise); diese Verfahrensweise in der Vergangenheit praktiziert, bei den Umweltämtern, stellt am Ende nur eine zukünftige Mehrbelastung der Gemeinden über Umlagezahlungen dar; das ist bereits bei der Bürgerschaft bekannt!

- bei einer Funktionalreform müssen auch regionalplanerische Strukturen (Industriegebiete, Energienetze, allgemeine Infrastruktur) bedacht und in die Entscheidung einbezogen werden

- bei einer möglichen Bürgerbefragung zur Gebietsreform sollte eine strikte Trennung der Befragten in Stadtgebiete und ländlicher Raum erfolgen, hier gibt es de-



finitiv unterschiedliche Interessenlagen der Befragten

- wir unterstützen eine Untersuchung und Darlegung der Einspareffekte einer Gebietsreform am Beispiel der Reform 1994 in Thüringen; dies könnte wichtige und nachvollziehbare Argumente gegen eine sofortige Gebietsreform bringen

Zusammenfassend ist zu resümieren, dass auch wir der Meinung sind, dass größere Gebietsstrukturen nicht unbedingt größere Wirtschaftskraft nach sich ziehen, sondern dass im Zuge der Senkung von Ausgaben die Wirtschaftsfähigkeit der Verwaltungen

wieder hergestellt werden muss. Dies kann durch eine strukturierte, durchdachte und für alle Verwaltungsebenen in ganz Thüringen geltende Verwaltungs- und Funktionalreform erreicht werden.

Der politische Gegner versucht über die finanziellen Einspareffekte bei einer Gebietsreform und dem Abbau des „aufgeblähten“ Verwaltungsapparats zu punkten. Diesen Argumenten muss mit nachweisbaren Fakten begegnet werden. Nur so kann der Wähler, vor allem im ländlichen Bereich überzeugt werden, da hier die größten Auswirkungen einer Reform zu spüren sein werden.

Die Vertretung des Standpunktes der CDU für die Zukunft ist für die Glaubwürdigkeit enorm wichtig. Ein „Einknicken“ wäre nicht nachvollziehbar. Die einzelnen Schritte zur Verwaltungs- und Funktionalreform müssen sorgfältig auch mit entsprechender Zeit durchdacht und geplant, für den Bürger verständlich aufbereitet und mit Augenmaß durchgesetzt werden.

Hans-Jürgen Fiebig  
CDU Ortsvorsitzender

Henning Schwittay  
CDU Fraktionsvorsitzender Stadtrat

## ***Neuwahl des CDU Ortsvorstandes in Sömmerda, Patric Nowak***

Der CDU Ortsverband Sömmerda hat in seiner Mitgliederversammlung am 26. März 2013 im Hotel „Erfurter Tor“ einen neuen Ortsvorstand gewählt.

Die 32 anwesenden Mitglieder des Ortsverbandes wählten Hans-Jürgen Fiebig mit über 92 % der Stimmen wieder zum Vorsitzenden. Als Stellvertreter wurden Marco Fi-

scher und Christian Karl gewählt. Beisitzer sind Heinz-Werner Döhle, Bastian Wulf und Lutz Rebettge.

Dar alte und neue Vorsitzende berichtete über die Arbeit des Vorstandes sowie der CDU Fraktion im Stadtrat Sömmerda in den vergangenen Jahren. Seine wichtigste Aufgabe sieht der Vorstand in der Vorbe-

reitung der bevorstehenden Wahlkämpfe in den nächsten beiden Jahren mit dem Ziel, möglichst viele Kandidaten zu gewinnen.

Patric Nowak  
Kreisgeschäftsführer

## ***Wichtige Termine 2012***

**22.04.** Erweiterte Kreisvorstandssitzung mit Ortsvorsitzenden in Spröttau, **17.06.** Kreisvorstandssitzung, **22.06.** Ortsvorsitzendenkonferenz, **26.08.** Kreisvorstandssitzung, **31.08.** Sommerfest des CDU Ortsverbandes Sömmerda, **22.09.** Bundestagswahl

### **Impressum:**

Herausgeber (i.S. TMG): CDU-Kreisverband Sömmerda, Lange Straße 56, 99610 Sömmerda, vertreten durch den Vorsitzenden Christian Carius. Redaktion (03634/610950), Realisierung: Torsten Beck. Haftungshinweise: Alle Blickpunkt-Beiträge in Mail- u. Printausgaben sind urheberrechtlich geschützt. Der Herausgeber gestattet eine Übernahme nur für den privaten Gebrauch, darüber hinausgehende Übernahmen und Nutzungen bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Herausgebers. Fremdbeiträge müssen nicht zwangsläufig mit den Ansichten von Herausgeber und Redaktion identisch sein.